

## Pro Bahn: Kraft bleibt Vorsitzender

**Fulda.** Bei der jährlichen Landesversammlung von Pro Bahn in Fulda standen unter anderem Wahlen auf der Tagesordnung. Der Mittelhessische Thomas Kraft bleibt an der Spitze des Landesverbandes. Der Kommunalbedienstete aus Lahnau steht Pro Bahn in Hessen seit April 2012 vor und wurde einstimmig bestätigt. Aus dem Landesvorstand ausgeschieden sind Wilfried Staub, Klaus Gietinger, Holger Kötting und Lutz Joachim Bartsch.

Anzeichen eines schnelleren Fortschritts als zu vermuten war, sieht der Verband in den Ausbauplanungen im Rhein-Main-Gebiet. Wenn auch noch eine geraume Zeit ins Land gehen werde, bevor die S-Bahn nördlich des Mains bis Hanau fährt und der ICE mit höherer Geschwindigkeit von Frankfurt nach Fulda, seien wichtige Schritte auf den Weg gebracht.

Der Fachverband sieht jedoch auch negative Entwicklungen im Bahnwesen in Hessen. So wurde eine Resolution zum Erhalt der Bahnstrecke Wabern-Bad Wildungen in Nordhessen verabschiedet, für die momentan der Betrieb für maximal 3 Jahre gesichert ist.

### WAHLEN

**Vorsitzender:** Thomas Kraft (RV Mittelhessen), **Stellvertreter:** Dr. Gottlob Gienger (RV Starkenburg, Dieburg), Werner Filzinger (RV Osthessen, Lauterbach), beide neu gewählt, **Kassierer:** Helmut Lind (RV Großraum Frankfurt, Oberursel), **erweiterter Vorstand:** Thomas Schwemmer (Frankfurt) und Hermann Hoffmann (RV Nordhessen, Kassel).

### MELDUNGEN

## Geburtskinder gesucht – so alt wie der Landkreis

**Marburg.** Gibt es Menschen, die am 1. Juli 1974 im Landkreis geboren wurden und noch oder wieder in Marburg-Biedenkopf leben? „Der Landkreis wurde am 1. Juli 1974 offiziell gegründet und wir suchen Menschen, die exakt so jung sind wie unser Landkreis“, erklärt Landrätin Kirsten Fründt. Über diese Frauen und Männer wird – wenn erwünscht – mit kurzen Beiträgen im Jahrbuch des Kreises berichtet. Wie haben sie ihre Zeit verbracht? Welchen Bezug haben sie zum Landkreis? Solche und ähnliche Fragen sollen in den Porträts der „Geburtskinder“ beantwortet werden. Eine von ihnen, die am 5. Juli zum „Tag der offenen Tür“ anlässlich des 40-jährigen Bestehens nach Cappel kommen, erhalten ein Präsent. Das gilt auch für Frauen und Männer, die am 5. Juli 1974 Geburtstag haben und dies belegen können.

Die „Geburtskinder“ können sich per E-Mail an [pressestelle@marburg-biedenkopf.de](mailto:pressestelle@marburg-biedenkopf.de) oder telefonisch melden: 064 21 / 4 05 12 73

## Senioren fahren nach Hallenberg

**Marburg.** Die Landsenioren Marburg-Kirchhain fahren am Samstag, 21. Juni, zur Aufführung von „Die Pöpstin“ nach Hallenberg. Es sind noch einige Plätze frei. Die Abfahrtszeiten sind in Bellnhausen 13.05 Uhr, Kirchhain 13.40 Uhr, Göttingen 14 Uhr.

Weitere Informationen und Anmeldung bei Erika Wrede unter der Telefonnummer 0 64 26 / 73 16.

### BLICKPUNKT: TRINKWASSER FÜR DIE REGION

# Bevor das Wasser aus dem Hahn kommt

Behörde geht langen Weg, bis sie Förderrecht erteilt · Naturschützer kritisieren geplanten Verkauf nach Frankfurt

Im Dezember erlischt nach 50 Jahren das Wasserrecht fürs Wasserwerk Wohratal. Das Regierungspräsidium Gießen will eine neue Genehmigung für die Förderung aus den neun Brunnen erteilen. Ein langwieriger Weg mit Hindernissen.

von Carina Becker

**Gießen.** Noch knapp acht Monate, dann soll das Antragsverfahren mit all den vielen Schritten, die dazugehören, bewältigt sein. Der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW), der das Wasserwerk Wohratal betreibt und seit 1955 viele tausend Menschen in der heimischen Region mit Trinkwasser versorgt, beantragt neues Wasserrecht beim Regierungspräsidium Gießen.

Das Dezernat Grundwasserschutz und Wasserversorgung bereitet die Bewilligung vor. Für 30 Jahre soll die neue Genehmigung gelten. Das erklärt Dezernatsleiter Oskar Lückel während eines Pressegesprächs im Regierungspräsidium. Der Baudirektor spricht von einem außerordentlich aufwändigen Verfahren.

Im März hat der Zweckverband den Wasserrechts-Antrag gestellt, zwei Jahre Vorarbeit seien vorausgegangen, sagt Lückel und berichtet, dass 50 Jahre Wissen aus dem Betrieb der Brunnen und viele Daten aus dem bestehenden Messnetz ins Verfahren eingeflossen seien.

Doch wozu das alles? Der Zweckverband will aus den neun Brunnen, die sich allesamt im Raum Kirchhain und Stadtallendorf befinden, jährlich bis zu 9,8 Millionen Kubikmeter Grundwasser entnehmen – um weiterhin die Menschen in den 27 mittelhessischen Mitgliedsgemeinden zu versorgen. Aber auch, um eine jährliche Menge von bis zu zwei Millionen Kubikmetern an den Nachbarversorger OVAG zu liefern, der das Wasser ins Rhein-Main-Gebiet weiterverkaufen will.

Lückel weist darauf hin, dass nach dem bisherigen Wasserrecht die Entnahme von jährlich bis zu 11 Millionen Kubikmetern Wasser möglich ist. „Tatsächlich gefördert wurden in den vergangenen zehn Jahren nur durchschnittlich sieben Millionen Kubikmeter pro Jahr“, führt er aus. Dass die Entnahme der nun beantragten Menge von fast zehn Millionen Kubikmetern im Jahr unbedenklich ist, davon gehen die Fachleute beim RP aus – hydrogeologische und ökologische Untersuchungen, die dem Antrag vorausgegangen seien, bescheinigen dies, sagt Lückel. Und auch die Obere Naturschutzbehörde und das Landesamt für Umwelt und Geologie haben bereits ihr Okay gegeben. Dass Lückel die einzelnen Verfahrensschritte genau erklärt, dass



Die Fachleute im Dezernat Grundwasserschutz und Wasserversorgung bereiten die Bewilligung fürs neue Wohrataler Wasserrecht vor: (von links) Baudirektor Oskar Lückel, Dezernatsleiter, Diplom-Verwaltungswirtin Simone Wendel und Diplomingenieur Jürgen Muth. Auf Naturschützerseite sorgt sich die Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ mit ihrer Vorsitzenden Dr. Anne Archinal um die Auswirkungen des künftigen Wasserrechts. Frauenhaarmos und Torfmoos (Foto unten) wie hier in einem Moor im Burgwald könnten durch eine zu hohe Entnahme von Wasser gefährdet werden, befürchten die Umweltschützer.

Foto: Carina Becker, Archivfotos: Nadine Weigel

er ausführlich erläutert, welche fachlich ersierten Stellen zu welchem Zeitpunkt des Verfahrens mitwirken – das alles hat seinen Grund. Schon seit etwa zwei Jahren bereitet der ZMW den Antrag für das neue Wasserrecht vor – und band durch zwei Treffen am „runden Tisch“ auch Naturschutzgruppen und Verbände ein. So auch die heimische Arbeitsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“, die sich seit Jahrzehnten um den Naturschutz im Burgwald bemüht.

### „Es geht nur um Geschäftemacherei“

Schon seit dem vergangenen Jahr protestieren die Burgwald-Schützer gegen Pläne des Zweckverbands, dessen Brunnen teilweise auch durch Wasser aus dem Burgwald gespeist werden.

Die Aktionsgemeinschaft befürchtet vor allem durch den geplanten Verkauf von Wasser aus der hiesigen Region ins Rhein-Main-Gebiet, dass ein einzigartiges Naturgebiet mit Mooren und seltenen Tier- und Pflanzenarten durch eine zu hohe Wasserentnahme gefährdet werden könnte. Dabei erregt vor allem der Aspekt des Weiterverkaufs von heimischem Wasser den Ärger der Naturschützer. „Es geht nur um Geld, es geht nur



um Geschäftemacherei“, kritisiert die Biologin Dr. Anne Archinal, Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“. Sie regt an: „Man könnte die Entnahmemenge auch staffeln – durch ein Wasserrecht, dass zunächst für fünf Millionen Kubikmeter jährlich gilt und dann für weitere Stufen, sollte für unsere Region mehr benötigt werden.“

Beim ZMW wird die wirtschaftliche Seite gesehen – der Zweckverband will mehr Geld einnehmen, um seine Anlagen bei geringerer Verbrauchsmenge der Wasserkunden vor Ort erhalten zu können.

Beim Regierungspräsidium, wo sich das Dezernat Wasserversorgung auf die verfahrensrechtlichen Aspekte konzentriert, glaubt man an diesem Punkt, die Sorgen der Burgwald-Schützer entkräften zu können. Dezernatsleiter Lückel, die Diplom-Verwaltungswirtin Simone Wendel, zuständig für die verwaltungsrechtliche Verfahrensführung auf dem Weg zum Wasserrecht, und der Diplomingenieur Jürgen Muth, der das Antragsverfahren von der wasserwirtschaftlichen Seite begleitet, erläutern die Umweltaspekte. Die geologischen und hydrogeologischen Gutachten zeigten, dass das Wasser, das die Brunnen des Wasserwerks fördern, überwiegend aus sehr tiefen Schichten komme, „aus so tiefen Stockwerken, dass die Entnahme auf das Oberflächenwasser gar keinen Einfluss hat – das Wasser, das entnommen wird, wäre für Pflanzen gar nicht verfügbar“, verdeutlicht Oskar Lückel und spricht von Brunnen, die zwischen 60 und 174 Metern tief sind. Sie befinden sich in den Gemarkungen von Anzefahr, Burgholz, Himmelsberg, Kirchhain, Langenstein, Niederwald, Sindorsfeld,

Stausebach und Rauschenberg. Allerdings, es gebe ein Gebiet, das sei tatsächlich sensibel. Auf einer Fläche von 160 Hektar, in der Wohra-Aue bei Rauschenberg, gehen die Gutachter von einer möglichen Wasserabsenkung durch die Entnahme aus.

### Zusätzliche Messstände sollen die Aue schützen

„Da müssen zusätzliche Messstände gesetzt werden, damit Flora und Fauna nicht beeinträchtigt werden“, betont Lückel und weist darauf hin, dass für das Gebiet ein Brunnenmanagement und ein Monitoring zur Auflage gemacht werden. Denn in der Wohra-Aue kann durch die Entnahme aus den Brunnen das Wasser aus oberen Schichten betroffen sein – das Wasser, das die Aue feucht hält. Man müsste dort nur 1,90 Meter tief graben, um auf Wasser zu stoßen, ganz einfach ausgedrückt. Und dieser Pegel kann durch die Trinkwasserförderung abgesenkt werden.

### Ameisenbläuling und Wiesenknopf

Das wäre schlecht für Arten wie den Ameisenbläuling, ein Schmetterling, der den Wiesenknopf als Wirtspflanze zum Überleben braucht – deshalb will das Regierungspräsidium eine genaue Überwachung des Gebiets in der Bewilligung zur Auflage machen.

Das Antragsverfahren ist inzwischen so weit gediehen, dass die Menschen, Kommunen und Verbände in den Einzugsgebieten nun gefragt sind, wenn sie Bedenken vorbringen wollen. Die Unterlagen liegen in der Zeit vom 23. Juni bis 23. Juli in den Stadtverwaltungen Kirchhain, Rauschenberg, Münchhausen, Wetter und Wohratal

aus und können dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. „Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (6. August) Einwendungen gegen die beantragte Bewilligung erheben“, teilt das Regierungspräsidium mit.

Zu den Interessengruppen, die Widerspruch einlegen, werden die Burgwald-Schützer gehören. Grundsätzlich geht es der Aktionsgemeinschaft dabei um die vorgesehene Entnahmemenge – und darum, dass Wasser aus dieser Region ins 100 Kilometer entfernte Frankfurt weiterverkauft werden soll, wie Dr. Anne Archinal erläutert. „Nach dem hessischen Wassergesetz muss man den Bedarf nachweisen. Es gibt nicht wirklich einen Überschuss in der Region“, sagt sie und verweist darauf, dass der ZMW in den vergangenen fast 20 Jahren nur sechs bis acht Millionen Kubikmeter jährlich gefördert habe.

### „Im Frankfurter Raum besteht kein Wassermangel“

„Wenn künftig pro Jahr zwei Millionen Kubikmeter mehr gefördert werden, dann wird die Wohra-Aue darunter leiden. Es hat dort ja schon bei geringerer Fördermenge Schäden gegeben – ein Teil der Aue wurde bereits trockengelegt“, sagt die Biologin und betont: „Es sollte nur soviel Wasser gefördert werden dürfen, wie in der Region auch benötigt wird. Der Naturschutz sollte vor wirtschaftlichen Interessen gehen – und besser wäre es, alte Schäden zu beheben, statt nur neue abzuwenden.“ In diesem Zusammenhang schlägt Archinal eine Renaturierung einstiger Feuchtgebiete in der Wohra-Aue vor.

Den Verkauf von Wasser nach Frankfurt durch den Nachbarversorger des ZMW, die OVAG, die das Wasser vom ZMW beziehen will, sehen die hiesigen Umweltschützer auch für die Frankfurter Region als Nachteil. ZMW und OVAG wollen gemeinsam 9,75 Millionen Euro in den Bau einer Verbindungsleitung investieren, um das Wasser aus dem Landkreis gen Süden befördern zu können. Derzeit läuft das Planfeststellungsverfahren – wenn es abgeschlossen ist, besteht Baurecht, falls dagegen nicht geklagt wird.

„Im Frankfurter Raum besteht kein Mangel an Wasser“, sagt Archinal und verweist auf Zahlen der Hessen-Wasser AG. Der Wasserverbrauch sei von 277 auf 221 Millionen Kubikmeter pro Jahr zurückgegangen im Zeitraum von 1977 bis 2011 – und für trockene Jahre werde ein Anstieg von maximal fünf Prozent prognostiziert. „Wir empfehlen dem ZMW, auch die wirtschaftlichen Folgen zu bedenken, wenn diese Verbindungsleitung gebaut wird und die Frankfurter dann gar nicht so viel Wasser fordern wie erwartet“, wendet Archinal ein. „denn die Frage ist, wie teuer das Wasser dann wird, wenn das so nicht hinhaut.“

Eine andere Folge könnte es nach den Befürchtungen der Umweltschützerin sein, dass in Frankfurt Brunnen geschlossen werden und das Wasser zugekauft wird aus der Marburger Region. „Es wäre besser, die Versorgung vor Ort sicherzustellen als das Wasser von uns zu holen. Denn auch die Wasserschutzgebiete werden dann geschlossen und möglicherweise überbaut – dann ist die regionale Versorgung für immer vorbei.“